

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten
Band: 88 (1981)
Heft: 7

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkswirtschaft

Behinderung des freien Warenaustausches

Die Schweiz könnte nicht autarkisch leben, ohne dass sich der Lebensstandard der Bevölkerung massiv verschlechterte. Unser Land ist, weil selber arm an Bodenschätzen, auf die Einfuhr von Rohstoffen, von verarbeiteten Erzeugnissen und von Lebensmitteln angewiesen. Da der Inlandmarkt unbedeutend ist, muss es auch einen erheblichen Teil seiner industriellen (und auch landwirtschaftlichen) Erzeugnissen ausführen und seine touristischen, seine Bank- und andern Dienstleistungen ins Ausland verkaufen können. Dies wird so oft wiederholt, dass es allgemein bekannt ist.

Gleichwohl dürfte es nützlich sein, heute, wo der freie Handel von verschiedenen Seiten bedroht ist, erneut daraufhin zu weisen. An zwei Orten lässt sich eine Bedrohung feststellen: im Ausland von seiten der Länder, die protektionistischen Versuchen erliegen, im Inland von gewissen Ideologen, die den internationalen Warenverkehr von politisch-moralischen Anschauungen abhängig machen wollen.

Als Beispiel einer protektionistischen Politik sei das Programm des neuen französischen Präsidenten erwähnt. François Mitterand will genäss seinem Programm den Aussenhandel Frankreichs auf 20 Prozent des Bruttoinlandproduktes senken (von jetzt 36 Prozent). Er glaubt, dass die Nachfrage nach Inlandprodukten steigt, wenn weniger Produkte importiert werden. Frankreich kann notfalls vom Ausland abgeschnitten leben, aber es läuft dabei Gefahr, dass seine so beschützten Produzenten einschlafen und von ihren ausländischen Konkurrenten, die dem freien Wettbewerb ausgesetzt sind, überholt werden. Für die Schweiz ist die Aussicht auf zusätzliche Hindernisse im Handelsverkehr mit Frankreich alles andere als erfreulich. Frankreich ist nach der Bundesrepublik Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz.

Die interne Bedrohung kommt von seiten der Ideologen, die verlangen, dass die Schweiz die Waren aus jenen Ländern, die die Arbeiter schlecht bezahlen, boykottiert, dass die Schweizer Banken keine Kapitalien aus der dritten Welt akzeptieren und dass alle Handelsbeziehungen mit Ländern, die die Rassentrennung praktizieren oder diktatorische Herrschaftssysteme aufweisen, abgebrochen werden. Der Boykott von Produkten aus südlichen Ländern hätte zur Folge, dass die Landarbeiter jener Länder noch weniger verdienen. Jedenfalls ist nicht einzusehen, wie ein Boykott ihre Lage verbessern könnte. Die von den Schweizer Banken in Empfang genommenen Kapitalien aus der dritten Welt stammen zur Hauptsache aus den Zentralbanken jener Länder. Wenn deren Verbindung zu den Schweizer Banken unterbunden wird, können die betroffenen Entwicklungsländer ihre monetären Reserven nicht mehr plazieren und ihre internationalen Finanzverbindungen werden gestört. Auch dies hilft der dritten Welt in keiner Art und Weise. Die Idee, die Wirtschaftsbeziehungen zu den rassistischen oder diktatorischen Staaten abzubreaken, bringt auch nicht mehr. Man müsste dann auch konsequent sein und nicht nur mit den Ländern Afrikas und Südamerikas brechen, sondern auch mit allen osteuropäischen und mit einzelnen asiatischen Staaten. Das heisst, die Schweiz könnte mit dem grösseren Teil der Erde keine Handelsbeziehungen mehr pflegen.

Die Schweiz muss für Handelsbeziehungen mit allen Ländern offen bleiben. Die Schweizer Behörden haben eine Verpflichtung und eine Verantwortung nur für das Überleben der Schweizer.

P.R.

Investitionsbegünstigungen

Allen Unternehmern ist bekannt, wie sehr sich insbesondere die Entwicklungsländer darum reissen, als Standort für neu angesiedelte Betriebe gewählt zu werden. Um hierbei zum Zuge zu kommen, bieten sich Lockmittel in allen möglichen Formen an: Da wird das Bauland möglicherweise samt Gebäuden gratis zur Verfügung gestellt; es wird eine Steuerbefreiung auf viele Jahre hinaus versprochen; es müssen keine Einfuhrzölle auf Kapitalgütern, Rohstoffen und Halbfabrikaten entrichtet werden; Kredite sind ebenso zu Vorzugsbedingungen erhältlich wie Energie oder die Exportfinanzierung; die Importgenehmigungen werden sofort erteilt und die Zollabfertigung im Vergleich zu andern Firmen beschleunigt. Schliesslich wird sogar eine nachsichtige Handhabung der Arbeitsgesetzgebung in Aussicht gestellt.

Alles in allem drängt sich der Eindruck auf, dass den betreffenden Regierungen überaus viel daran gelegen ist, Investitionen von aussen zu erhalten. Etwas weniger ausgeprägt gilt dasselbe für die alten Industrieländer. Selbst innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften herrscht normalerweise eine intensive Konkurrenz unter den verschiedenen lokalen und regionalen Instituten zur «Wirtschaftsförderung». Sie alle setzen damit Signale für die Steuerung der Produktivkräfte. Offenkundig schätzen sie die Vorteile einer allfälligen Ansiedlung höher ein als die Nachteile. Das erscheint besonders bemerkenswert für die Entwicklungsländer, die ja im übrigen ein ziemlich gespanntes Verhältnis zu den Multis haben.

Verfälschte Standortsbedingungen

Als Ergebnis stellt sich jedenfalls heraus, dass jene, die die Standortsentscheidungen zu fällen haben, nicht nur gleichsam die natürlichen Standortfaktoren berücksichtigen, sondern auch diesen künstlich geschaffenen Elementen Rechnung tragen. Wer wollte ihnen das verübeln? Angenommen, ein bestimmtes Land oder eine Gegend stelle kein derartiges Lockmittel bereit, während andere sich damit gegenseitig überbieten, so werden die getätigten Investitionen nicht dort stattfinden, obwohl die sonstigen Voraussetzungen eindeutig dafür sprechen würden. Ausgewählt werden stattdessen andere Stellen, wo die betreffenden Körperschaften absichtlich auf Einnahmen verzichten wollen oder spezifische Ausgaben machen, um die Wahl zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Damit entsteht eine Art von Nicht-Leistungswettbewerb. Es kommt dazu, dass jene komparativen Kosten missachtet werden, die von Hause aus gegeben wären. Es entsteht mithin eine Fehlallokation der Produktionsfaktoren, sei es im weltwirtschaftlichen oder im binnenwirtschaftlichen Massstab. Das Resultat: Die tatsächlich anfallenden gesamtwirtschaftlichen Kosten fallen höher aus als es den Anschein hat, bzw. die Erträge sind niedriger als sie beim Fehlen der Verzerrungen sein könnten. Es stellt sich mit andern Worten ein Mehrauf-

wand oder ein Wohlstandsverzicht ein, weil insbesondere die Kapitalien fehlgeleitet werden. Im Hinblick darauf scheint es, dass vom Standpunkt des Gesamtsystems aus betrachtet die Begünstigung eigentlich abgeschafft werden sollte.

Allseitige Abrüstung?

Das Problem lässt sich verdeutlichen anhand einer utopischen Argumentation aus dem militärischen Bereich. Hier sehen sich die meisten Länder anscheinend gezwungen, gewaltige Aufwendungen für Zwecke der Verteidigung (und allerdings vielleicht auch des Angriffs) zu machen. Gelänge es nun, eine Vereinbarung zu treffen, gemäss welcher alle ihre Leistungen abbauen würden, so bliebe das relative Kräfteverhältnis dasselbe. Es liessen sich jedoch insgesamt viele Milliarden Dollar pro Jahr einsparen, und die bisher für Kanonen verwendeten Produktivkräfte könnten gleichsam zur vermehrten Herstellung ziviler Güter eingesetzt werden. Das Niveau der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs (beispielsweise die Entwicklungshilfe) wäre ohne vermehrte Anstrengungen zu erhöhen.

Etwas Analoges müsste – wenn auch in ungleich bescheidenerem Umfang – auch möglich sein, wenn der dargelegte «unlautere Wettbewerb» beseitigt würde. Die Verwirklichung dieses Projekts scheitert jedoch praktisch daran, dass die Angelegenheit eben nicht vom Standpunkt des Gesamtsystems aus beurteilt und behandelt wird, sondern dass die einzelnen Subsysteme bestrebt sind, ihre individuelle Wohlfahrt zu maximieren – selbst wenn es auf Kosten der andern und der Weltwirtschaft als Ganzes gehen sollte. Daran wird sich so bald nichts Entscheidendes ändern. Wir müssen uns deshalb realistischerweise damit abfinden, dass die gegenseitige Überbietung mit den angebotenen Lockmitteln und die daraus folgende ökonomisch falsche Orientierung der Investitionen bestehen bleiben wird.

Freie Weltwirtschaft – eine Utopie?

Konsequenterweise hätten wir nämlich nicht nur die totale Wanderungsfreiheit für das Kapital, sondern mindestens so sehr auch für die Arbeitskräfte zu postulieren, wenn wir den Wohlstand des Gesamtsystems Weltwirtschaft ernsthaft als Ziel ins Auge fassen würden. Nun wissen wir aber zur Genüge, dass in zahlreichen Ländern Kapitalexportverbote in Kraft stehen, dass andere aus Gründen des nationalen Interesses zeitweilig den Kapitalimport behindern und dass selbst das Währungsabkommen von Bretton Woods Kontrollen des internationalen Kapitalverkehrs ausdrücklich gestattet – gestützt auf die Erwägung, dass die Wanderung von «hot money» über die Grenzen hinweg grösste Störungen hervorrufen könnte.

Desgleichen ist hinlänglich bekannt, dass die Herstellung einer totalen Wanderungs- und Niederlassungsfreiheit für die Arbeitskräfte nicht utopisch, sondern auch völlig verfehlt wäre. Dafür hat die Schweiz Anschauungsmaterial gesammelt. Sie hat es erlebt, wie die Einwanderung von Fremdarbeitern zwar zunächst sehr positiv aufgenommen wurde und eine Befruchtung der Wirtschaft mit sich brachte, wie indessen der weitere Zustrom allmählich unausweichlich soziale und politische Spannungen auslöste.

In der Tat gibt es in jeder Bevölkerung eine gewisse Toleranzgrenze; wird sie überschritten, so ist von Über-

fremdung die Rede, und es werden die Abwehrreflexe der Einheimischen mobilisiert. Das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen ist somit stets von Ausbrüchen des Fremdenhasses bedroht, und es sollte schon deshalb davon abgesehen werden, in grösserem Ausmasse die Parole «workers to work» zu befolgen.

Die Maschinen an den Ort der Arbeitskräfte?

Wenn dem so ist, taucht freilich alsbald die Frage auf, ob es sich nicht doch eher empfiehlt, die Finanzkapitalien und Sachkapitalien dorthin zu verbringen, wo die Arbeitskräfte wohnen. Also: work to workers. Als rein ökonomisch zweitbeste Lösung hat diese Politik in der Tat vieles für sich. Nur ist sogleich darauf hinzuweisen, dass bei freiem Spiel der Kräfte oder bei völliger «Abrüstung» hinsichtlich der Standortsbegünstigungen die Investitionen vielleicht nicht dort stattfinden, wo der grösste Überschuss an verfügbaren Arbeitskräften zu verzeichnen ist, nämlich in den Entwicklungsländern. In Anbetracht dieses Umstandes versteht man es bereits besser, dass Lockmittel angewandt werden, um künftig günstigere Standortsbedingungen zu schaffen.

Dies geschieht natürlich nicht zuletzt, um die offene oder versteckte Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Der Mitteleinsatz erfolgt dann im Sinne einer produktiven Arbeitslosenfürsorge. Die zusätzlich Beschäftigten fallen nicht mehr der Allgemeinheit (oder ihren Grossfamilien) zur Last, sondern werden in die Lage versetzt, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, einen Beitrag zum Sozialprodukt zu leisten und durch ihre Steuerzahlungen vielleicht sogar den Fiskus zu entlasten. Das erscheint durchaus plausibel. Es spricht dafür, dass wenigstens den Entwicklungsländern zugestanden wird, attraktive Standortsbedingungen herzustellen, ist doch ihre Unterbeschäftigung noch ungleich akuter als jene der wohlhabenden Volkswirtschaften.

Nebenbedingungen

Allerdings muss sogleich auch eine Warnung ausgesprochen werden. Wenn – wie es die Regel ist – zehnjährige Steuerfreiheit und während dieser Periode auch die unbeschränkte Möglichkeit zum Gewinnrücktransfer in Aussicht gestellt wird, führt dies nur allzu häufig dazu, dass von den Investoren Projekte realisiert werden, deren Lebensdauer absichtlich kurz sein soll. Die vorgenommenen Investitionen werden so geplant, dass sie sich während des genannten Zeitraumes mindestens einmal amortisieren. Was später mit ihnen geschieht, ist dann privatwirtschaftlich gesehen gleichgültig. Vielleicht sind sie auch nichts mehr wert, weil ihr Unterhalt vernachlässigt wurde.

Derartige Folgen sind nahezu systembedingt, wenn nicht den Multis daran gelegen ist, auf Dauer zu bleiben. Ebenso gefährlich sind indessen Freisetzungseffekte, die sich daraus ergeben, dass jene arbeitsparende Technologie mitgebracht wird, die die Stammhäuser in den Industrieländern mit den hohen Arbeitslöhnen ausprobiert und als gut befunden haben. Dann ist es keineswegs ausgeschlossen, dass im Land der Niederlassung mehr Leute ihren angestammten Arbeitsplatz einbüßen, als neue Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Das ist selbstverständlich nicht der Sinn der Übung. Man muss daher einiges Verständnis dafür aufbringen, wenn die Entwicklungsländer nicht bloss Vergünstigungen offerieren, sondern gleichzeitig Bedingungen stellen hinsichtlich der Arbeitsintensität der Produktionsmethoden

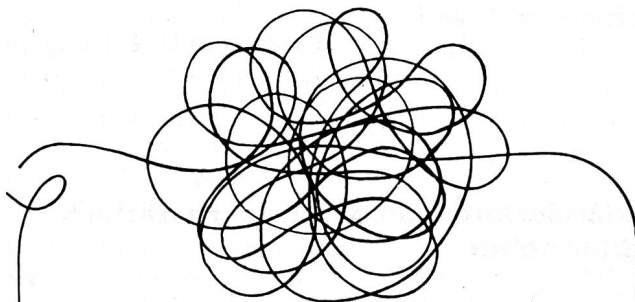
TEXTIL-LUFTTECHNIK

- automatische Filter- und Faserdeponieanlagen
- intermittierende Abgangsentfernung aus Produktionsmaschinen
- Beratung bei lufttechnischen Systemen, die in die Textilmaschine integriert sind.

Textillufttechnik ist Sache von Spezialisten. Profitieren auch Sie von unserer lang-jährigen Erfahrung! Verlangen Sie unsere Referenzliste.

HANS FERRI

Müllerwis 27, CH-8606 Greifensee
Telefon 01 / 940 56 08



**la Amerika cardierte
und peignierte
Baumwollgarne und Zwirne**

RUSTICO
rustikales
Baumwollgarn

Lenzing
MODAL

Spinnerei Stahel + Co. AG
8487 Rämismühle ZH

Telefon 052 35 14 15
Telex 761 59

Gegründet 1825

STAHEL

ZIEGLERTEX[®]
Dr. v. Ziegler & Co.
Talackerstrasse 17, 8152 Glattbrugg ZH
Postfach, 8065 Zürich
Telefon 01/829 27 25, Telex 56 036

Member of  Textil & Mode Center Zurich

Textilien machen wir nicht, aber wir testen sie täglich

Für Industrie und Handel prüfen wir Textilien aller Art, liefern Entscheidungshilfen beim Rohstoffeinkauf, analysieren Ihre Konkurrenzmuster und erstellen offizielle Gutachten bei Streitfällen oder Reklamationen. Auch beraten wir Sie gerne bei Ihren speziellen Qualitätsproblemen.

Schweizer Testinstitut für die Textilindustrie seit 1846

Gotthardstrasse 61 8027 Zürich Telefon: 01/201 17 18

TESTEX
AG

oder dass sie etwa die Leichtindustrie der Schwerindustrie vorziehen. Sie haben sodann ein eminentes Interesse daran, wenn die neugegründeten Firmen nicht nur den Binnenmarkt beliefern, sondern auch exportieren und auf diese Weise Devisen zur Entlastung der Zahlungsbilanz eintragen. Je mehr allerdings derartige Auflagen gemacht werden, desto stärker wird wiederum die Wirksamkeit der Lockmittel herabgesetzt.

Bank Julius Bär & Co. AG
«Aus dem Wochenbericht»

Personalfunktion im Wandel der Zeit

Der Gang unserer Wirtschaft darf sich im Langzeitvergleich mit anderen Industrienationen sehen lassen. Nur in wenigen Ländern der Welt herrscht Vollbeschäftigung verbunden mit einem kontinuierlichen Wohlstandsanstieg. Dass damit auch schwer zu lösende gesellschaftliche Probleme verbunden sein können, zeigt der Fall Schweiz in jüngster Zeit ebenfalls. Davon soll aber für einmal nicht die Rede sein, sondern unsere Überlegungen gehen von der Frage aus, welches eigentlich die Pfeiler dieses wirtschaftlichen Erfolges sind.

Die Frage nach den Ursachen für unseren wirtschaftlich bedingten Wohlstand wird allerdings so verschieden beantwortet wie sie gestellt wird. Die Palette von möglichen Erklärungen reicht vom Arbeitsfrieden über den traditionellen Unternehmertegeist bis zur vorteilhaften geographischen Lage unseres Landes. Die Liste von plausiblen Gründen liesse sich beliebig erweitern. Je nach eigenem Standort wird man dem einen mehr und dem anderen weniger Gewicht beimessen.

Einer dieser massgebenden Bausteine unseres wirtschaftlichen Erfolgs soll hier besonders hervorgehoben werden. Gemeint ist das Personal. Dessen Qualität ist für den Geschäftsgang der Unternehmungen von entscheidender Bedeutung. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass Personalpolitik in den fortschrittlichen Betrieben einen hohen Stellenwert genießt. Einfach ist die Aufgabe allerdings nicht, vor die sich heute ein Personalchef gestellt sieht. Denn mit dem gesellschaftlichen Wandel hat sich auch die Personalfunktion in den letzten Jahren und Jahrzehnten spürbar geändert.

Indem die Werte der Wohlstandsgesellschaft generell in Frage gestellt wurden, erfuhr auch die Bewertung von Arbeit und beruflicher Leistung erhebliche Abstriche. Die Arbeitnehmer waren immer weniger bereit, sich die Beziehungen der Über- und Unterordnung einfach gefallen zu lassen. Parallel mit der Entwertung der Arbeit als sozialer Faktor des Ansehens fand auch eine Aufwertung der Freizeit statt. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass die Ansprüche des Personals an die Unternehmen gestiegen sind und insbesondere die Forderung nach mehr Freiraum und Mitsprache immer lauter gestellt wurden.

Während in der spätkapitalistischen Wohlstandsgesellschaft der Identifikationsgrad der Mitarbeiter mit der Unternehmung relativ gross war, steht man ihr in der kritischen Gesellschaft vermehrt mit Skepsis gegenüber. An die Machtverhältnisse in der Unternehmung und an die Verwendung ihrer Erträge wird vom Personal in vermehrtem Masse die Legimitätsfrage herangetragen. Dieser kritischen Einstellung des Personals steht das wachsende Bedürfnis der Unternehmungen entgegen, über

einen geistig beweglichen und positiv mitdenkenden Mitarbeiterstab zu verfügen, der mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt zu halten vermag.

Diese Diskrepanz zwischen dem Trend zum «kritischen» Personal und den Bedürfnissen einer zukunftsgerichteten Personalpolitik lässt sich – nach einem kürzlich gehaltenen Referat des St. Galler Betriebswirtschaftsprofessors Dr. Charles Lattmann – nur eliminieren, wenn die Personalfunktion zu einem Hauptgegenstand der Unternehmenspolitik wird und das Personalwesen zur bisherigen Dienstleistungsfunktion auch eine präventive Gestaltungsfunktion übernimmt. Der Schritt von punktuellen Massnahmen zur vorbeugenden, systematischen Beeinflussung der Personalentwicklung im Unternehmen muss mit Entschiedenheit getan werden, wenn unsere Wirtschaft auch in Zukunft die hervorragende Rolle übernehmen soll, die sie – nicht zuletzt dank des qualitativ hochstehenden Personals – bis anhin gespielt hat und immer noch spielt.

Kantonsrat Dr. E. Honegger

Ausländeranteil an den Erwerbstätigen wieder höher

Von den durchschnittlich etwas mehr als drei Millionen Erwerbstätigen des Jahres 1980 in der Schweiz waren 660 200 Ausländer, das heisst rund jeder fünfte. Damit setzte sich die bereits 1979 in geringfügigem Ausmass zu beobachtende Erhöhung des Ausländeranteils am Erwerbstätigentotal bei gleichzeitig auch absoluten Zunahmen fort. Der Höhepunkt war 1973 mit 835 400 ausländischen Erwerbstätigen erreicht worden, was damals einem Anteil von 26,1% entsprach. In der Folge sank die Quote bis 1977 auf 21,5% (627 900). Auch 1978 wies den gleichen Wert aus. 1979 dann konnte zum ersten Mal wieder eine schwache Erhöhung auf 21,6% registriert werden (641 300), während die Zunahme im letzten Jahr auf 21,9% deutlicher ausfiel.

Ein individueller Pensionsplan für das Kader in Ihrem Unternehmen

Die Förderung der Vermögensbildung, sei es über Sparkapital oder durch den Erwerb von Grund und Boden, ist ein Postulat, das in keinem Parteiprogramm in unserem Lande fehlen darf. Die breite und vielseitige Streuung von Besitz wird denn auch als Garant für staats- und wirtschaftspolitische Stabilität angesehen. Verschiedene Bestrebungen sind im Gange, um diese Postulate in die Tat umzusetzen, dabei zeigt es sich, dass die wirtschaftspolitische Wirklichkeit vielfach diesen Bemühungen entgegen steht.

Gerade in unserer Zeit wird die Vermögensbildung für die mittleren Schichten der Bevölkerung – die nach wie vor zu den tragenden Elementen unseres Staates gehören –, durch verschiedene Umstände erschwert. Da ist einerseits eine wieder bedenklich hohe Inflationsrate zu vermerken, die vielen privaten Sparern den Zins auf ihren ersparten Mitteln auffrisst, andererseits hat die

Steuerbelastung in den mittleren Einkommen in den letzten Jahren ein Ausmass erreicht, das Anlass ist, das «Steuerparadies» Schweiz gründlich zu überdenken.

Der letzterwähnte Umstand kann in einem einfachen Beispiel gut dargestellt werden:

Ein in der Stadt Zürich wohnhafter Angestellter, verheiratet, 40 Jahre alt, mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 61000.— erfährt bei einer Lohnerhöhung von Fr. 6000.— einen durch AHV und Steuer bedingten Aderlass von nahezu Fr. 2400.— oder 40%. Mit anderen Worten, es verbleiben ihm aus der Lohnerhöhung rund 60% zur persönlichen, freien Verfügung. Diese Substanz wird er dem Sparprozess zuführen und darauf achten, dass wenigstens die teuerungsbedingte Entwertung aufgefangen werden kann.

Dieses Beispiel zeigt, wie unbefriedigend die Situation vor allem der Angehörigen mittlerer und oberer Kader aussieht, und es liegt auf der Hand, dass Wege gesucht werden, um die Lohnerhöhung vollumfänglich dem Sparvorgang zukommen zu lassen.

Eine Lösung besteht darin, für Kader des Betriebes eine Kollektiv-Versicherung abzuschliessen, die bestehende Leistungen aus der Pensionskasse oder der Gruppenversicherung ergänzt.

Die Kaderversicherung zeichnet sich aus durch individuelle, auf die Bedürfnisse der mittleren und höheren Angestellten zugeschnittene Leistungen, die steuerliche Vorteile mit sich bringen. Das Prinzip besteht darin, dass Lohnerhöhungen vollumfänglich in eine Versicherungs-Police investiert, und damit nicht ausgeschüttet werden. Die Versicherungs-Police beruht auf den Leistungen, die zu dem bevorzugten Kollektivtarif und nach den Richtlinien der Betriebsvorsorge ermittelt werden, sie untersteht den gesetzlichen Bestimmungen, die für Policen im Bereich der 2. Säule gelten.

Aufgrund unserer Erfahrung zeigt es sich, dass derartige Kaderversicherungen bei den Interessenten stets gute Aufnahme finden, und ausserdem auch für die Unternehmung kostenmässig günstig und mit Vorteilen verbunden sind. Neben dem erwünschten Spar- und Versicherungseffekt entsteht überdies eine zusätzliche Wirkung, indem gute und Verantwortung tragende Mitarbeiter sich in ihrer Firmentreue belohnt sehen, und über eine derartige Police enger mit dem Unternehmen verbunden werden können.

Dr. oec. publ. Fabio Dal Molin, 8039 Zürich

Mode

Baumwolle im Sommer 1982

Mehr denn je setzt die Textil-Industrie ihre Hoffnung auf die Baumwolle. Nie zuvor war der Baumwoll-Anteil in den Stoffkollektionen so gross wie in dieser Saison. Aus den vielen Themen für Sommer '82 haben wir die interessantesten herausgestellt:

Country: Eine Rückkehr zu einfachen, traditionellen Stoffen wie Streifendrell – manchmal auf Mouliné-Fond, Matratzenstreifen – zumeist in sehr kontrastierenden Farben, Vichys und Taschentuchkaros, Façonnés in Tafeltuchmanier und Satinstreifen.

Blütenimpressionen, vom kleinsten Blümchen auf bauerlichem Satin, Wiesenblumensträusschen und grosse Chintzblumen – Dessins, die mit den flachen Blumen und grossen Karos oft an die Wachstuchdecken erinnern.

Die Farben sind entweder gedeckt (Schwarz, Grau, Weiss) oder leuchtend (Weiss und Rot oder Blau oder Grün) oder sanft, wie von der Sonne leicht gebleicht.

Transat: Inspirationen vom Meer. Hier stehen die traditionellen Cottons, die aus dem Bereich der Segler, Fischer und Marine kommen, ganz vorn: Canvas, beschichtete und lackierte Baumwolle, uni oder auffallend, kräftig bedruckt und nicht zu vergessen, die lange Reihe der kräftigen Transatstreifen auf den verschiedensten Fonds, vom leichtesten wie Baumwoll-Voile bis zum schwersten wie Segeltuch. Häufig findet man die Streifen in Verbindung mit flachen skandinavischen Blumen.

Strahlende Primärfarben – oft knallig – mit viel Weiss.

Orient: Für den Hochsommer zeigt sich die Baumwolle leicht, farbig und funkelnd. Die favorisierten Basics: Voile, Crêpe, Borkencrêpe und Georgette.

Dabei ist das Leitmotiv für Sommer '82: Alle Goldeffekte, sei es als Überdruck, um ein Motiv hervorzuheben, sei es ein eingewebter Faden in Unigaze oder -Crêpe oder in ein Madraskaro. Bei den Drucken viele goldüber-säte Cashmeremüsterchen und Kattunblümchen.

Im Kontrast zu dieser üppig dessinierten, indisch inspirierten Tendenz steht die von Japan und China beeinflusste strengere Linie: China blue in verschiedenen Gewichten, zweifarbige, geometrische Drucke oder stark stilisierte Floral Dessins, wobei Dunkelblau überwiegt.

Internationales Baumwoll-Institut, 6000 Frankfurt

Beachten Sie bitte unsere geschätzten Inserenten!